

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

2.10.1930 (No. 229)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: G. Amenb., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. ... Einzelnummer 10 Pf. ... Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite.

Hindenburgs Geburtstag

„Der Erste im Krieg, der Erste im Frieden, der Erste im Herzen seiner Mitbürger“

Der 83. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg gibt der „Deutschen Illg.“ Veranlassung, daran zu erinnern, wie der frühere amerikanische Vorkämpfer in Berlin, Schurman, das Wort, das die Amerikaner für ihren Nationalhelden Washington prägen, auch auf den deutschen Reichspräsidenten anwandte: „Der Erste im Krieg, der Erste im Frieden, der Erste im Herzen seiner Mitbürger“.

Ähnlich äußert sich auch die „Börzenzeitung“. In Hindenburg habe sich die nationale Idee verkörpert. Er sei Güter besser Überlieferung deutscher Art, der Fels, an dem sich die Wogen allen innenpolitischen Gaders brechen.

Glückwunsch des Reichskanzlers

Der Reichskanzler hat in nachstehendem Schreiben dem Herrn Reichspräsidenten die Glückwünsche der Reichsregierung zu seinem heutigen 83. Geburtstag übermittelt:

„Hochgeehrter Herr Reichspräsident! Durch die Gnade des Himmels ist es Ihnen vergönnt, heute das 83. Lebensjahr zu vollenden. Ich beehre mich, als Reichskanzler und zugleich namens der Reichsregierung, Ihnen zu dem Ehrentage die aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß dem deutschen Volke in Ihnen das Vorbild Ihrer unermüdbaren Pflichttreue noch lange erhalten bleiben möge.“

Ihr diesjähriger Geburtstag fällt leider in einer Zeit besonders schwieriger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse Deutschlands. Mit mir vertraut aber Volk und Regierung darauf, daß es unter Ihrer obersten Führung dennoch gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Neue Zuwendungen aus der Hindenburgspende. Die von dem Reichspräsidenten geschaffene Stiftung „Hindenburgspende“ schüttete anlässlich des Geburtstags ihres Stifters und Vorstehenden 425 000 Reichsmark aus.

Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit

Auf dem großen, in diesem Sommer veranstalteten Deutschen Tuberkulosekongress in Nordbrunn, an dem fast 500 Ärzte und andere Interessenten teilnahmen, hat der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Dr. Gamel, eingehend über die Ursachen des erfreulichen Rückgangs der Tuberkulosesterblichkeit berichtet. Er zeigte an Hand von statistischen Kurven, daß die Industrieländer im allgemeinen durchweg eine stärkere Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit aufweisen, als die vorwiegend agrarischen Länder.

Die Ursache des Rückgangs der Tuberkulosesterblichkeit erblickt Dr. Gamel darin, daß die Bevölkerung im Durchschnitt widerstandsfähiger gegen den Tuberkelbazillus geworden ist. Das ist in erster Linie auf die Hebung des allgemeinen Lebensstandards sowohl in vielen ländlichen wie namentlich in den Industriestädten zurückzuführen. Eine Besserung der Ernährungs-, Wohnungs- und Bekleidungsbedingungen ist und bleibt der wichtigste Faktor für die Verminderung der Tuberkulosesterblichkeit.

Das Londoner Flottenabkommen wurde vom Kaiser von Japan unterzeichnet.

Letzte Nachrichten

Regierung und Parteien

Die ersten Besprechungen des Kanzlers. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat am 2. Okt. (Priv.-Tel.) die ersten Besprechungen mit den Parteiführern über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung bereits in der letzten Vormittagsstunde. Dr. Brüning empfing zunächst den Führer der Wirtschaftspartei, Dr. Brüning, dieser ersten Unterhaltung folgt eine Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller und Otto Wels.

Graf Bernstorff Führer der deutschen Delegation in Genf

Genf, 2. Okt. (Tel.) Nach der Abreise des Außenministers Dr. Curtius, der heute nachmittag mit einigen Herren der Delegation Genf verläßt, wird Graf Bernstorff die Führung der deutschen Delegation bis zum Schluß der Völkerbundstagung übernehmen.

Morgen vormittag findet in der hiesigen deutsch-lutherischen Kirche eine Trauerfeier für Dr. Stresemann statt. Der Reichsaussenminister wird morgen nachmittag am Grabe seines Vorgängers einen Kranz niederlegen.

Ein politisches Frühstück in Bar-le-Duc

Paris, 2. Okt. (Tel.) Das politische Frühstück in Bar-le-Duc, bei dem gestern auf Einladung des Kriegsministers Maginot Ministerpräsident Laval und Boineau zusammentraten, hat in politischen Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt. Wie der „Matin“ behauptet, haben die drei führenden Politiker angesichts des Herannahens der Wiederöffnung der Parlamentssession sich über die politische Lage ausgesprochen und ihre Auffassungen über alle möglichen Probleme ausgetauscht, die gegenwärtig das politische Leben bestimmen.

Abreise Sthamers aus London

London, 2. Okt. (Tel.) Zum heutigen Abschied des deutschen Botschafters und Frau Sthamer hatte der König und die Königin den Marschall des diplomatischen Korps, Generalmajor Sir John Hanbury-Williams, als Vertreter entsandt, der eine Abschiedsunterredung des Königs überbrachte. Außerdem waren erschienen als Vertreter des Staatssekretärs des Außen, Hr. Monk vom Foreign Office, die Botschafter und Gefandten der fremden Mächte, der gesamte Stab der deutschen Botschaft und zahlreiche persönliche Freunde. Der Botschafter wird sich in Southampton nach Hamburg einschiffen.

Bis zur Ankunft des neuen Botschafters, Baron Neurath, hat Graf Albrecht Bernstorff die Geschäfte der Botschaft übernommen.

Lord Rothermere und seine Kritiker

London, 2. Okt. (Tel.) Lord Rothermere veröffentlicht heute in der „Daily Mail“ einen Aufsatz „Mein Hülferuf und seine Kritiker“, in dem er den Idealismus der Jugend lobt und seinen Kritikern, die er als eine Bande „Irregehirner“ bezeichnet, vorwirft, daß sie unfähig seien, zu begreifen, wie unheimlich ihre Ansichten geworden seien. Er fordert die Siegerstaaten auf, den gefährlichen Druck, den sie auf Deutschland ausüben, durch Eröffnung direkter Besprechungen mit Deutschland zu erleichtern. Hülferuf gibt er den Rat, sich Mussolini zum Vorbild zu nehmen, womit er Deutschland einen großen Dienst erweisen würde. Ferner erwähnt er die Nationalsozialisten, nach dem Vorbild des Wegweisers des Faschismus den Antisemitismus, „dieses törichte Überbleibsel mittelalterlicher Vorurteile“, aus ihrem Programm wegzulassen.

Weitere Verhaftungen in Polen

Warschau, 2. Okt. (Tel.) Der Abgeordnete Smola (Wyzwolenie) aus Warschau und die beiden Abgeordneten der ukrainischen Minderheit, Prälud Kunicki und Labys aus Tarnopol, wurden heute nacht von der Polizei verhaftet. Außerdem wird aus Ostgalizien noch eine Reihe weiterer Verhaftungen unter der ukrainischen Intelligenz und der Bauernschaft gemeldet.

Amerika für internationalen Rohstoffaustausch

New York, 2. Okt. (Tel.) Die „Times“ bringen an auffallender Stelle eine stark verlaufene Nachricht, nach der sich die amtlichen Stellen in Washington eingehend mit angeblich aus dem Ausland vorliegenden Angeboten beschäftigen, die darauf ausstießen, angesichts der gegenwärtigen internationalen Preisentwicklung einen internationalen Austausch von Rohstoffen in die Wege zu leiten. So sei beispielsweise aus England der Vorschlag gemacht worden, Gummi für Baumwolle einzutauschen. Dabei wird auf das Beispiel amerikanischer Fabrikanten von landwirtschaftlichen Maschinen verwiesen, die bereits jetzt Weizen in Zahlung nähmen.

Die Auflösung des österreichischen Nationalrats wurde vom Ministerrat beschlossen. Als Termin für die Wahlen in den Nationalrat wurde der 9. November in Aussicht genommen.

* Programm, Börse und Parteien

Eine ganze Reihe bedeutender Männer aus den Kreisen der Wirtschaft und der Bankwelt hat sich gestern recht befriedigt über das Wirtschafts- und Finanzprogramm des Reichskabinetts geäußert. Und zwar wird dies von Plättern verschiedener Richtung gemeldet, darunter auch solchen Plättern parteidemokratischer Prägung, die bisher an dem Reichskabinetts und seiner Politik viel auszusetzen hatten.

Wie die mehr rechts gerichtete „Berliner Börsenzeitung“ schreibt, empfand man gestern an der Börse die Vorschläge der Reichsregierung als „einen Sieg der wirtschaftlichen Vernunft“ und begrüßte vor allen Dingen den entschlossenen Willen zu Einsparungen größeren Umfangs. Besonders erfreulich sei es, daß man auch nicht vor Reduktionen der persönlichen Ausgaben zurückgeschreckt sei. Was den neuen Auslandskredit anlangt, so würden Verhandlungen darüber durchaus erfolgversprechend sein. Beruhigend habe auch die Überzeugung gewirkt, daß das Programm unter allen Umständen, mit oder ohne Reichstag, durchgeführt werden solle.

Gestern abend hat Reichsfinanzminister Dietrich im Rundfunk die Reformpläne der Reichsregierung nochmals kommentiert. Wichtig ist seine Feststellung, daß man sich jetzt schon auf die zu erwartende Höchstziffer der Arbeitslosigkeit eingerichtet habe, und zwar auf 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und 800 000 Krisenunterstützte. Das ganze Programm sei aufgestellt in der Annahme, daß die gegenwärtige Wirtschaftsdpression noch das nächste Jahr hindurch anhalten werde. Auch die Steuererhöhungen seien auf dieser Annahme aufgebaut.

Eine Milderung der Arbeitslosigkeit ist auch nach Dietrichs Kommentar nur durch Belebung der Wirtschaft möglich. Unbedingt müsse aber vermieden werden, daß, wenn die Konjunktur sich bessern sollte, nimmere wieder die Ausgaben der öffentlichen Hand steigen. Deshalb sei die Höhe der Ausgaben auf drei Jahre nach oben fest begrenzt.

Inzwischen haben die ersten Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern der Parteien stattgefunden. Irigendein Ergebnis haben sie bisher noch nicht gezeitigt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird morgen, am 3. Oktober, zum Programm Stellung nehmen. Gestern hat die sozialdemokratische Presse das Programm mit den schärfsten Ausdrücken abgelehnt. Doch hat zur gleichen Zeit der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Dr. Braun, dem Reichskanzler die Unterstützung Preußens bei der Behandlung der Gesetze zugesagt. Der Sozialdemokrat Braun zum mindesten ist also der Meinung, daß er als Ministerpräsident des größten deutschen Landes das Programm vertreten könne.

Ganz anders ist die Auffassung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Löbe. Er erklärt, daß „von dem Grad, in welchem die alten Parteien dem Geist des Sozialismus Zugeständnisse machen, es abhängen werde, ob für die Sozialdemokratie ein Zusammengehen mit ihnen möglich sei“. Dabei geht Löbe von der Fiktion aus, daß auch der Wahlerfolg der Nationalsozialisten eigentlich als eine antikapitalistische Kundgebung, als eine Verstärkung der sozialistischen Strömung zu betrachten sei. Da man Sozialismus gleich Marxismus zu setzen hat, wird die Führung der Nationalsozialisten einermäßig erstaunt sein, wenn sie von diesem Gedankengang Löbes hört. Denn die Nationalsozialisten bezeichnen sich ja gerade als die schärfsten Gegner des Marxismus und der Sozialdemokratie, und sie sind davon überzeugt, daß sie gerade mit dieser schroffen Herausforderung ihrer antimarxistischen Einstellung so viele Wähler gewonnen haben.

Die Reichstagsfraktion der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei (also der Partei Schiele) hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, nach welcher die Stellung der Partei zur Reichsregierung auch jetzt noch völlig frei sei; der bei der Wahl zutage getretene Volkswille verlange eine entschieden nationale Politik und eine stärkere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Kreise. Es sei eine Umbildung der Reichsregierung unter Heranziehung der Nationalsozialisten nötig. Jedes Baktieren „mit marxistischen Parteien“ sei

abzulehnen. Die Mehrheit des deutschen Volkes verlange eine Abkehr von den bisherigen Wegen der Außenpolitik und den Kampf um die Befreiung von den Tributlasten. Nur eine Regierung, die diesen Forderungen entspreche, könne auf Unterstützung der Partei rechnen.

Wahrscheinlich wird von allen rechtsstehenden Parteien — und offenbar auch von der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei — in den nächsten Tagen ein starker Druck auf das Reichskabinett im Sinne einer personellen Umbildung ausgeübt werden. Eine solche Umbildung werde vor allem dann notwendig sein, wenn das Kabinett, wie ziemlich allgemein angenommen wird, keine Mehrheit im Parlament findet.

Die wichtigste Frage ist ja in der Tat die, was für diesen Fall zu geschehen hätte. Man kann, wie die „Kölnische Zeitung“ betont, ziemlich sicher damit rechnen, daß es wieder so geht, wie im Juli, daß die Aufhebung von Notverordnungen durch eine oppositionelle Mehrheit gefordert wird, und daß man dann wieder Neuwahlen anberaumen müßte. Nach der Ansicht der „Kölnischen Zeitung“ seien „Neuwahlen aus mannigfachen Gründen unzweckmäßig“. Es müßte also rechtzeitig eine Aufhebung der Notverordnungen durch die Opposition in irgendeiner Weise verhindert werden. Eine Möglichkeit dazu bietet die Ausschaltung des Reichstags, seine Vertagung. Eine solche Vertagung kann aber nach der Verfassung der Reichstag nur selbst beschließen. Es bliebe also dann nur der Versuch übrig, im richtigen Augenblick einen solchen Beschluß des Reichstags herbeizuführen.

Man muß sich immerhin darauf einrichten, daß die Wähleragitation der Kommunisten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zwingen wird, gegen das Programm zu stimmen. Ob die Fraktion dann für eine Vertagung des Reichstags zu haben wäre, das ist allerdings noch eine offene Frage.

Die Nationalsozialisten kündeten in ihrer Presse an, daß sie auf strikteste Einhaltung der verfassungsmäßigen Bestimmungen bestehen und kein legales Mittel unversucht lassen würden, um die Beobachtung der Verfassung zu erzwingen. Es gehört gewiß zu den Treppenwitzern der Weltgeschichte, daß gerade diese Partei die Rolle einer Säuerin der Verfassung übernimmt. Im „Völkischen Beobachter“, dem Organ Hitlers, ist neuerdings sogar der Satz zu lesen, daß „die Verfassung auch einen Artikel enthalte, der eine Anklage gegen den Reichspräsidenten vorsieht“. Dieser Satz ist an sich richtig. Nach Artikel 59 ist der Reichstag berechtigt, auch den Reichspräsidenten vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen. Der betreffende Antrag muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein; er bedarf allerdings der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit. Praktisch ist eine solche Mehrheit nicht zu erwarten.

Viel bedenklicher ist es, daß im „Völkischen Beobachter“ in demselben Artikel der andere Satz zu lesen ist, die „Regierung Bränning würde, wenn sie nach einer neuen Niederlage im Reichstag, ohne diesen weiterzuregen, illegal verfahren und damit das Volk ebenfalls zur Illegalität aufrufen“. Das ist natürlich eine vollkommen gewalttätige Konstruktio. Aber sie unterstreicht den Ernst der Lage noch mit einem besonders dicken Strich.

Beim verbotenen roten Ländertreffen in Schaffhausen vom Sonntag wurden insgesamt 80 Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten, gegen die das polizeiliche Verfahren aufgenommen wurde, haben sich wegen Widerhandlung gegen das republikanische Verbot zu verantworten und Gefängnisstrafen bis zu 14 Tagen oder Geldstrafen bis zu 200 Franken zu gewärtigen.

Die britische Reichskonferenz wurde in London eröffnet. Das Haupt der ukrainischen Terroristen, Solowinski, der unlängst von den Polen in Haft genommen worden war, wurde bei einem Fluchtversuch, als er zu einer Gegenüberstellung vor Zeugen geführt wurde, von dem ihn begleitenden Polizisten erschossen.

In dem Kampf um das Alkoholverbot in Amerika ist eine wichtige Entscheidung gefällt worden. Der Prohibitionsrichter in Washington, Woodard, erklärte, daß die Herstellung von Wein und Bier in Privathäusern nicht gegen das Gesetz verstößt, vorausgesetzt, daß es für den Privatgebrauch bestimmt ist und nicht verkauft wird.

Verstorbene Greuel in China. Die Stadt Nishien im südlichen Teil der chinesischen Provinz Kansu wurde vor einem Monat von Räubern angegriffen, die 8000 Einwohner niedermettelten und die jungen Mädchen verschleppten.

Der Ausstattungsleiter des Badischen Landestheaters, Torsten Geht, dessen Vortrag über das Hornproblem des Theaters auf dem internationalen Welttheaterkongress in Hamburg großes Aufsehen erregte, wird auf Einladung der Universität Hamburg über das „Farb- und Tonproblem des modernen Theaters“ auf dem vom 1.-5. Oktober stattfindenden Farb-Tonforschungskongress sprechen.

Max Sachsenburg 70 Jahre alt. Einer der bedeutendsten deutschen Juristen, der Rechtsanwalt Dr. h. c. Max Sachsenburg in Mannheim kann heute sein 70. Lebensjahr in voller körperlicher und geistiger Mächtigkeit vollenden. Die Geschichte des Deutschen Anwaltsvereins, die Geschichte des modernen Handelsrechtes und die Geschichte der Rechtsgestaltung und Rechtsanwendung in Baden und im Reich sind eng verbunden mit dem Namen Max Sachsenburg, dem geborenen Theoretiker und Dogmatiker des Rechts. Am kommenden Sonntag findet im Palasthotel „Mannheimer Hof“ eine Gratulationsfeier statt.

Hundertjahrfeier der Berliner Museen. In der alten Aula der Berliner Universität fand Mittwoch mittag der Festakt anlässlich der Hundertjahrfeier der Berliner Museen statt. Zu der Feier haben sich auch zahlreiche Museumsleiter und Kunstfreunde des Auslandes in Berlin eingefunden.

Der russische Maler Kiepin. Wie aus Helsingfors (Finnland) gemeldet wird, ist der russische Maler Nja Kiepin in dem Dorfe Kuokkala gestorben.

Zum Finanzplan der Reichsregierung Eine englische Stimme

W.L. London, 2. Okt. (Tel.). „Financial Times“ schreiben: Der Finanzplan der deutschen Regierung zeige, daß die feste Absicht bestehe, die Gefahren zu beseitigen, deren Vorhandensein seit langem bekannt war, und die durch die langwierigen Debatten über ihre Ursachen nur noch größer geworden sind. Wenn der Plan zur Durchführung gebracht werden kann, ist alle Aussicht dafür vorhanden, daß er in Deutschland wieder die vertrauensvolle Stimmung schafft, die unbedingt notwendig ist.

Jeder Tag der Verzögerung wird die bestehende Unsicherheit in entsprechendem Maße vergrößern und die Bildung der notwendigen Kapitalreserven behindern. Deutschland hat drückende Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, und um ihnen nachzukommen, muß seine Industrie ihre Exportfähigkeit aufrecht erhalten und sogar vergrößern. Dazu ist es dringend erforderlich, daß flüssiges Kapital reichlich verfügbar und das Preisniveau günstig ist. Offenbar hofft man, daß die Ordnung der Staatsfinanzen und die Aufforderung zu entsprechenden Lohnherabsetzungen in der Industrie dazu beitragen werden, diese Voraussetzungen zu schaffen.

Notverordnung über die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung

In der amtlichen Mitteilung über das Sanierungsprogramm ist die Prozentige Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung nicht enthalten. Die Erhöhung erfolgt auf dem Verordnungswege durch den Reichsarbeitsminister. Die im „Reichsanzeiger“ bereits veröffentlichte Verordnung bestimmt, daß der Beitrag bis auf weiteres für das Reichsgebiet einheitlich 6 1/2 v. H. des maßgebenden Arbeitsentgelts beträgt. Die Verordnung tritt am 6. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Krisenfürsorge und Städte

Eine Abordnung des Vorstandes des Deutschen Städtetages wurde am Mittwoch vom Reichszentralrat in Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers empfangen.

Die städtischen Vertreter nahmen Veranlassung, die Gesamtlage der deutschen Städte eingehend vorzutragen und insbesondere das Problem der Erwerbslosen und die Notwendigkeit der Neuordnung der Krisenfürsorge darzulegen. Die Aussprache ergab Übereinstimmung, daß die erforderlichen Reformmaßnahmen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden müßten. Die Notlage der Gemeinden erfordert nach Auffassung der Gemeindevertreter eine sofortige Abhilfe durch Ausdehnung der Krisenfürsorge, die seitens des Reichs in den nächsten Wochen grundsätzlich umgestaltet werden soll.

Kartoffel-Konferenz

In der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin einberufenen Kartoffel-Konferenz ergab die Aussprache, daß in diesem Jahre mit einer Kartoffelernte von 45-46 Millionen Tonnen, d. h. mit einer gegenüber dem Vorjahre um 10-15 Proz. höheren Ernte zu rechnen ist.

Die Verarbeitung von Kartoffeln zu Mehl wird durch den vom Reichsminister angeordneten Mehlverkauf, der zunächst rund 8 Millionen Zentner Mehl (gleich 12 Millionen Zentner Kartoffeln) umfaßt, wirksam angehalten. Bei der Verarbeitung der Kartoffeln zu Stärke geht es darum, den in letzter Zeit zurückgegangenen Absatz für Kartoffelstärke zu erweitern. Die Umwidlung des sogenannten Weizenabkommens, das auf den Ertrag ausländischer Rohstoffe durch deutliche Abgabe (Kartoffelstärke anstatt Weizenstärke), wird die Kartoffelstärkeindustrie gesteigerte Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte sichern. Die Verarbeitung von Kartoffeln zu Spirit wird gesteigert werden. Es sollen größere Spiritmengen als Treibstoff verwendet werden. Der Absatz von Speisestärke in die im Rahmen der Gesamternte nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle spielende Stärkeindustrie ist auf diesem Gebiete nicht gegeben.

Eine Wiederholung der Konferenz ist in etwa vier Wochen vorgesehen.

Die Begründung des Urteils gegen Böß

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin im Falle des Berliner Oberbürgermeisters Böß wurde vom Vorsitzenden des Spruchrates damit begründet, daß in allen zur Verhandlung stehenden Punkten ein Dienstvergehen des Oberbürgermeisters nicht als vorliegend erachtet worden sei. Auch in der Belzangelegenheit, heißt es in der Begründung, sei der Kauf der Pelzjacke bei der Firma Elarek an sich nicht bedenklich. Eine unehrenhafte Handlung des Oberbürgermeisters habe hier keineswegs vorgelegen, denn bei seiner Stellung und bei seiner ganzen Vergangenheit habe er nicht auf den Gedanken kommen können, daß er bei dieser Angelegenheit bestochen werden sollte. Zu beanstanden sei aber die Art und Weise, wie Böß diesen Kauf reguliert habe. Besonders werde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er sich nicht hinreichend darum gekümmert habe, daß die von ihm gewünschte Regelung auch konsequent durchgeführt worden sei. In Verbindung damit wurde ihm auch das Telegramm aus San Franzisko vorgehalten, dessen Inhalt sich als objektiv nicht richtig erwiesen habe. Dieser Verstoß sei aber keineswegs mit Dienstentlassung, sondern lediglich mit einer Ordnungsstrafe zu ahnden gewesen.

Die Rechtsregierung in Braunschweig

Im Braunschweiger Landtag wurde am Mittwoch die Wahl der neuen braunschweigischen Landesregierung vorgenommen. Oberregierungsrat Dr. Rüdenthal (D. Natl.) erhielt 20 Stimmen, der bisherige sozialistische Minister 17 Stimmen. Drei Zettel waren ungültig. Im zweiten Wahlgang erhielt der nationalsozialistische Abgeordnete Amtsgerichtsrat Dr. Franzen 20 Stimmen, Dr. Casper (Soz.) 17 Stimmen. Zwei Stimmen waren ungültig. Dr. Rüdenthal und Dr. Franzen sind somit gewählt.

Die Regierung wird nur aus zwei (bisher 3) Ministern bestehen. Die Deutsche Volkspartei hat für das Rechtsministerium gestimmt, das allerdings keine Mehrheit hinter sich hat, da es auf die eine Stimme des Vertreters der Staatspartei ankommt.

Gleiche Kürzungsbestimmungen für die Bezüge der Reichswehr und der Polizei. Gegenüber anderslautenden Mitteilungen wird darauf hingewiesen, daß auch die Bezüge der Angehörigen der Reichswehr und der Polizei den gleichen Kürzungsbestimmungen unterliegen wie die Bezüge der Beamten. Kürzungen frei bleiben allgemein die Bezüge bis zu 1500 Reichsmark jährlich.

Briand über die Lage in Deutschland

Das „Journal de Genève“ veröffentlicht Äußerungen des französischen Außenministers Briand beim Empfang einer Delegation der Internationalen Frauenvereinigungen in Genf.

Briand ging hierbei auch auf die deutschen Wahlen ein. Er erklärte dazu u. a.: Die Erklärung dieser Bewegung muß man in der schwierigen, ja tragischen Lage Deutschlands suchen. Es wird in diesem Winter in Deutschland vielleicht 4 Millionen Arbeitslose geben. Ein zu Boden gedrücktes Deutschland ist aber eine Gefahr für den Frieden, und deshalb habe ich in dem Studientomitee für eine europäische Union, das wir geschaffen haben, nachdrücklich darauf hingewirkt, daß die Solidarität und die Interessensverbundenheit der europäischen Nationen verstärkt werden. Wenn ein Land wirtschaftliche Krisen durchmacht, die seine Existenz in Gefahr bringen, dürfen die anderen Länder ihm nicht zur Verzweiflung raten, sondern müssen ihm zu Hilfe kommen. Ich denke an eine Art europäischen Finanzmechanismus, der in der Lage wäre, den in schwieriger Situation befindlichen Staaten Dienste zu leisten, von denen in erster Linie der Friede Nutzen hätte. Der Völkerbund hat durch die Reorganisation Österreichs dieses Land vor der Verzweiflung gerettet. Ihm verdankt man auch die Unterbringung von 750 000 griechischen Flüchtlingen, die ihre Heimat unter besonders tragischen Umständen verlassen mußten. Man muß zwischen den Völkern eine Gefühlsgemeinschaft und gleichzeitig eine Interessengemeinschaft schaffen. Die Munitionsfabrikanten, die Rüstungsindustriellen usw. arbeiten gegen den Völkerbund, gegen den Karrier-Pakt. Sie bezahlen Kesselpromagnen, die unsere Anstrengungen auf Schritt und Tritt hemmen. Die Artikel gegen den Frieden sind mit demselben Stahl geschrieben, aus dem Kanonen und Granaten gemacht werden. Ich will gleich nicht Herrn Treviranus verteidigen. Aber wenn es wahr ist, daß Herr Treviranus alles gesagt hat, was die Zeitungen ihm zugeschrieben haben, so haben die Zeitungen nicht alles wiedergegeben, was er gesagt hat. So hat er auf dem Höhepunkt seiner Rede erklärt, daß er Deutschland seine Integrität wiedergeben wolle; aber daß das niemals mit Gewalt geschehen dürfe, sondern durch Arbeit und durch friedliche Mittel. Dieser Satz ist nie abgedruckt worden!

Briand erwähnte weiter, daß bereits große Fortschritte zur Verständigung zwischen maßgebenden Industrie- und Finanzkreisen Deutschlands und Frankreichs erzielt worden seien, und daß etwa 20 Kartelle zur Verstärkung der europäischen Solidarität bestehen.

Kurze Nachrichten

Keine Streichung der Lohnsteuerrückstellungenansprüche. Es waren, wie erinnerlich, Bestrebungen im Gange, die Lohnsteuerrückstellungenansprüche zu streichen. Es handelt sich hier um 65 Millionen Reichsmark, die sich auf rund 4 Millionen Fälle verteilen. Die Bearbeitung dieser Fälle würde einen Verwaltungsapparat erfordern, dessen Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen würden. Die Regierung hat indes, wie das „S. T.“ erfährt, von der Streichung abgesehen, um einen Konfliktstoff von vornherein aus der Welt zu schaffen.

Der Altestenrat des Preussischen Landtages ist entgegen den ursprünglichen Absichten schon für nächsten Montag einberufen worden. Zu den verschiedenen Anträgen auf Auflösung des Landtags ist jetzt noch ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen die Staatsregierung eingebracht worden, so daß mit lebhaften politischen Debatten und ebenso bedeutenden wie interessanten Abstimmungen gerechnet werden muß.

Verbot nationalsozialistischer Kundgebungen in Frankfurt. Am 4. und 5. d. M. findet in Anwesenheit Hitlers in Frankfurt a. M. ein Parteitag der Nationalsozialisten statt. Der Polizeipräsident hat die geplanten Veranstaltungen unter freiem Himmel, d. h. den geschlossenen An- und Abmarsch, Klatschorgel und Umzüge durch die Stadt, wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit polizeilich verboten.

Ergebnislose Verhandlungen der Berliner Metallindustriellen. Die Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Metallkartell wegen Abschlußes eines neuen Lohnabkommens mühen als ergebnislos abgebrochen werden.

Über Entlassungen bei den Vereinigten Stahlwerken wird uns berichtet: Die überaus schlechte Abschlagung hat die Bergbauabteilung Gelsenkirchen der Vereinigten Stahlwerke A.G. veranlaßt, zum 1. November umfangreiche Kündigungen vorzunehmen, von den insgesamt 2600 Vergleuten betroffen werden.

Das Angestelltenheer in Deutschland. Am 20. d. M. 1880 zählte man im Deutschen Reich rund 800 000 Angestellte, 1907 waren es schon 1,5 Millionen und bei der letzten Berufszählung im Jahre 1925 3,6 Millionen. Zwischen ist diese Zahl noch erheblich weiter gestiegen.

Kleine Chronik

In einer Stiehbierhalle in Düsseldorf fielen Mittwoch abend nach einem Wortwechsel plötzlich mehrere Männer über einen Gast her und schlugen ihn mit Biergläsern tot.

Bürgermeister Fiebig aus Altleben, der wegen Unregelmäßigkeiten beim Arbeitsamt Altleben in Untersuchungshaft genommen wurde, hat sich, wie aus Halle gemeldet wird, in seiner Zelle erhängt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist Oberleutnant a. D. Fuhrmann, der im Fememordprozess Wilms im März 1927 zum Tode verurteilt und später zu längerer Zuchthausstrafe begnadigt wurde, nach dem ärztlichen Gutachten zur Zeit nicht haftfähig. Die Strafvollstreckung wird auf die Dauer von 3 Monaten unterbrochen.

In Berlin ist der Stadtschreiber Wolf zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, und zwar wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetztem Betrug. Von einer Anzahl Schaupielern, die sich auf der Fahrt nach Berlin im Auto befanden, wurden bei Genthin infolge eines Autounfalls zwei getötet und drei schwer verletzt.

Bei den alljährlichen Begnadigungen unterzeichnete der österreichische Bundespräsident u. a. die Begnadigung des Studenten Philipp Falkmann, der auf Grund eines Indizienbeweises wegen Totschlag an seinem Vater vom Innsbrucker Schwurgericht zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war.

Nach Mitteilung des französischen Marineministeriums sind noch immer etwa 60 Fischerboote überfällig, die nach dem Sturm an der Küste ihren Heimathafen nicht erreichen konnten. Da jedes Boot mit mindestens sechs Mann besetzt ist, ist man also noch über das Schicksal von 300 Menschen im Unwissen.

In Tientsin wurde der englische Schriftsteller Lenox Simpson von drei unbekanntem Chinesen niedergeschossen und am Nackgrat schwer verletzt. Nach Ansicht der Ärzte wird Simpson lebenslanglich gelähmt bleiben.

Badischer Teil

Landgerichtspräsident Dr. Kurzmann †

Mit Landgerichtspräsident Dr. Kurzmann ist ein hervorragender badischer Richter dahingegangen.

Dr. Kurzmann wurde am 7. Januar 1871 in Grödingen geboren. Nach Ablegung der Reifeprüfung am Gymnasium in Karlsruhe studierte er in Heidelberg und Berlin die Rechtswissenschaft. 1894 bestand er die erste, 1897 die zweite juristische Prüfung. 1898 wurde er Amtsrichter in Bruchsal, 1901 Landgerichtsassessor und 1904 Landgerichtsrat in Mannheim.

Im Jahre 1920 wurde er als Oberlandesgerichtsrat nach Karlsruhe versetzt. Noch im gleichen Jahre wurde er zum Landgerichtsdirektor in Mosbach ernannt, um bereits 1924 wieder als Amtsgerichtsdirektor nach Karlsruhe zurückzukehren. Nach zweijähriger Tätigkeit (1927—1929) am Landgericht Karlsruhe als Landgerichtsdirektor wurde er 1929 zum Landgerichtspräsidenten in Offenburg befördert.

Dr. Kurzmann war ein ausgezeichneter Jurist. Ausgestattet mit scharfem Verstande und einem außergewöhnlich guten Gedächtnis, war er ein rascher Arbeiter von großer Leistungsfähigkeit und ausgeprägter Entschlossenheit. Er war ein vorzüglicher Gerichtsvorsitzender. Allen juristischen Fragen brachte er ein lebhaftes Interesse entgegen, wie er überhaupt an seinem Berufe mit Leib und Seele hing. Daneben war er viel belesen, vielseitig unterrichtet und auf allen Bildungsgebieten interessiert.

Neben der hohen Achtung, die man Dr. Kurzmann seiner beruflichen Tüchtigkeit wegen entgegenbrachte, erfreute er sich allenthalben großer Beliebtheit. Er war eine gerade, offene und freundliche Natur, der jede Überheblichkeit, zu der ihn seine Fähigkeiten und Leistungen vielleicht hätten veranlassen können, und jedes In-den-Vordergrund-Stellen der eigenen Person fernlag. Gerne war er bereit, vorhandene Gegensätze zwischen seinen Kollegen und zwischen Richtern und Rechtsanwältinnen auszugleichen. Seinen Mitarbeitern war er ein Mann mit Rat und Tat hilfsbereiter Kollege. Besonders waren ihm, der im Herzen immer Student geblieben und fröhlicher Geselligkeit zugewandt war, die jüngeren Beamten ans Herz gewachsen, für deren persönliche Verhältnisse und berufliche Entwicklung er sich lebhaft interessierte. Auch unter ihnen hat er sich viele Freunde erworben.

An seiner Bahre stehen trauernd die badischen Beamten und die badische Anwaltschaft. Noch in jüngster Zeit hatte man gehofft, daß seine kräftige Konstitution die Folgen des Anfalls, dessen Opfer er am 23. Mai geworden war, überwinden werde. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Am 28. September hat eine Herzschwäche seinem Leben ein Ende gemacht.

Treu wie er im Leben war hat er als seinen letzten Wunsch ausgesprochen, daß seine Leiche in seiner Heimat in Grödingen beigesetzt werde.

Gegenseitige Anerkennung von Reisezeugnissen höherer Schulen

Art. 25 des Amtsblatts des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält eine Bekanntmachung, betr. Anordnungen der Vereinbarung zur Durchführung des Art. 147 Abs. 1 der Reichsverfassung und der Ergänzung der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung von Reisezeugnissen höherer Schulen. Darin heißt es u. a.:

Das Recht zur Abhaltung von Reifeprüfungen mit der Wirkung der gegenseitigen Anerkennung kann solchen privaten Schulen ohne Öffentlichkeitscharakter verliehen werden, die einer anerkannten Form der öffentlichen Schulen im wesentlichen entsprechen, und die im Sinne der Vereinbarung der Unterrichtsverwaltungen der Länder über die Durchführung des Artikels 147 Absatz 1 der Reichsverfassung den entsprechenden öffentlichen Schulen auch nach ihren Leistungen gleichwertig sind.

Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen

Der Verein Kindererholungsfürsorge Heuberg will auch im kommenden Winter für schulentlassene Mädchen, die den Anforderungen eines Berufs noch nicht voll gewachsen sind, in derselben Weise wie in den letzten Jahren Erholungsfürsorge auf dem Heuberg betreiben. Während eines viermonatigen Aufenthalts auf dem klimatisch bevorzugten Heuberg — vom 6. November bis Anfang März — sollen sie gesundheitlich so gestärkt werden, daß sie nachher in einen Beruf eintreten können, ohne befürchten zu müssen, daß sie ihre Gesundheit gefährden. Dabei werden die Mädchen in den hauswirtschaftlichen Fächern der Fortbildungsschule praktisch und theoretisch durch erfahrene Lehrerinnen unterrichtet. Der Verpflegungsbetrag beträgt pro Tag 3 M. Bei den Mädchen aus den Kreisen der versicherungspflichtigen Bevölkerung werden die Kosten zum größeren Teil durch die Landesversicherungsanstalt und die Kantonskassen getragen. Es ist daher möglich, ohne großen Kostenaufwand schwächliche junge Mädchen durch die Teilnahme an dem Erholungsfurs auf dem Heuberg berufsfähig zu machen. Die bisher mit diesen Kursten gemachten Erfahrungen sind als sehr gut zu bezeichnen. Es kann daher höchstens empfohlen werden, von dieser Erfolg verheißenden Einrichtung Gebrauch zu machen. Die Anmeldungen sind bis Mitte Oktober an die Anstaltsleitung Heuberg, Stetten am kalten Markt, Baden, einzufenden.

Vom Badischen Waldbesitzerverband

Vom Badischen Waldbesitzerverband wird uns geschrieben: Bei der Berichterstattung über die Mitgliederversammlung des Badischen Waldbesitzerverbandes ist insofern ein Mißverständnis unterlaufen, als geschrieben worden ist, die deutsche Holzproduktion genüge, um das Reich zu versorgen. Dies kann in vollem Umfange nicht der Fall sein. Wogegen man sich wendet, das ist die übermäßige Holzeinfuhr, während das inländische Holz in vielen Fällen buchstäblich unverkäuflich ist. Auch sollen nicht Staatskredite gegeben werden, sondern der Staat soll die Kreditnahme (anstatt außerordentliche Holzpreise, die zur Zeit eine Vermögensverschleuderung bedeuten) für die waldbesitzenden Gemeinden ermöglichen und erleichtern.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Druck über dem Festland steigt weiter und wird Fortbestand des Hochdruckweters bewirken. Voraussage: Fortdauer des trüblichen, in den Niederungen vielfach nebligen Herbstwetters.

Der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg

Der in Mannheim seinen ersten Caritastag abhielt, und der Mannheimer katholische Arbeiterverein, der auf ein 40jähriges Bestehen zurückblickt, fanden sich am Sonntagmorgen im Nibelungenaal zu einer Kundgebung zusammen. Prälat Bauer konnte etwa 4000 Teilnehmer begrüßen. Im Namen des Staatspräsidenten und der Ministerien sprach der neue Mannheimer Landeskommissar, Ministerialrat Scheffelsmeier. Darauf nahm der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Kreuz, das Wort. Er führte aus, daß bei allem Glauben die Gegenwart erfüllt, es einen gebe, der der Güter seines Bruders sei, Jesus Christus. Der Redner sah nur einen Weg, aus der jehigen Not herauszukommen, den der tätigen Nächstenliebe.

Arbeiterführer Bernhard Letterhaus erinnerte an die qualvollen Zeiten, die die christlichen Arbeiter während des Kulturkampfes auszuhalten hatten. Die katholische Arbeiterschaft als Glied des katholischen Volksteiles lehne jeden Klassenkampf ab und werde stets ein Mosaik sein, der sich jedem zum Chaos treibenden Nihilismus entgegenzusetzen muß. Die Feier bekam eine besondere Note durch die Anwesenheit des Erzbischofs von Freiburg, der — selbst Arbeiterjohn — als junger Kaplan den Mannheimer katholischen Arbeiterverein gegründet hat. Er sprach der Caritas den Dank der Kirche für all das Geleistete aus, und sicherte ihr weitere Förderung zu.

Die Verhandlungen nahmen am Montag ihren Fortgang, nachdem ihnen am Samstag eine Beratung der Kommunalpolitiker über die Fragen der Wohlfahrtspflege und Caritas vorausgegangen war. In Fortsetzung der Idee, die dem Doppelfest zugrunde lag, wurde am Montag früh in eingehendem Referat die Befreiung des Arbeiterstandes zu aktiver Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege gefordert. Der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, Domkapitular Jank, Freiburg, besprach in einem Referat die Fragen des katholischen Anstaltswesens und zeigte insbesondere das Sparnis, das katholische Caritasanstalten der Öffentlichkeit bringen. Von allen befreit nach genauen Statistiken dieses Sparnis auf 300 Millionen jährlich.

Nachmittags folgte der Vorlesung in öffentlicher Mitglieder-Versammlung noch einmal die Geschichte seit dem letzten Caritastag in Mannheim dar. Caritasdirektor Eckert, Freiburg, gab an Hand von eingehendem Jahrmaterial ein Bild der Caritasarbeit in der Erzdiözese Freiburg. Dr. Gilmann zeichnete das Bild der Auswirkung der Caritasarbeit in der Erzdiözese Mannheim. Beide Referate fanden die größte Beachtung der Versammlung, zu der die Vertreter der Stadtverwaltung und der Vertreter des Kultusministeriums, Schulrat Strobel, Grütze und Glöckner überdrachten. Am Abend vereinigten sich die Vinzenz- und Elisabethvereine unter dem Vorsitz des Bibliothekarsdirektors Luer, Freiburg, und nahmen zu den Fragen der Familienhilfe Stellung.

Der dritte Beratungstag stand im Zeichen des Kindes. Generalsekretär Paul Kfister, durch lange Jahre katholischer Seelsorger auf dem Heuberg, jetzt Reichsleiter der Arbeitsgemeinschaft „Kinderwohl“ in Düsseldorf, sprach über die katholische Kindergruppenarbeit. Fräulein Maier, Jugendleiterin in Weinheim, referierte über das katholische Kinderfest. Über das Vormundschaftsweisen sprach am Nachmittag Direktor von Mann, Referent im Deutschen Caritasverband in Freiburg. In der großen Frauenversammlung am Abend sprach Reichstagsabgeordnete Frau Christine Teusch.

Forderung auf Kündigung des zollfreien Milchkontingents

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem zollfreien Kontingenter Milchkontingent. Bekanntlich hat die Reichsregierung auf Antrag der badischen Regierung die Genehmigung zollfreier Einfuhr von täglich 5000 Eiter Schweizer Frischmilch nach Konstanz erteilt. Den oberbadischen Milchproduzenten entsteht dadurch ein großer finanzieller Schaden; denn es muß nun in der Oberbadischen Milchzentrale in Radolfzell eine dem zollfreien Kontingent entsprechende Menge an Milch verarbeitet werden. Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer war der Ansicht, daß kein Grund dafür bestehe, die Schweizer Milch zollfrei hereinzulassen und forderte erneut beschleunigte Kündigung des zollfreien Milchkontingents.

Aus der badischen Industrie

Kündigungen von Angestellten in Mannheim. In einer ganzen Reihe von Mannheimer Industriebetrieben sind, um die Kündigungsfristen zu wahren, laut „Neue Bad. Landesztg.“, am Dienstag Kündigungen ausgesprochen worden. Allgemein wird gehofft, daß kein Gebrauch davon gemacht werden muß, und es wird von den Leitungen der Werke versichert, daß es sich um vorläufige Maßnahmen handelt. Bei der Daimler-Benz-WG. sind von 320 Angestellten etwa 50 Kündigungen gestellt worden, bei den Mannheimer Motorenwerken von 250 im ganzen 74 und bei den Schwarzwaldbetrieben Lang allen Angestellten, wie es heißt, nur um freie Hand zu haben für neue Verträge und um nicht gebunden zu sein, wenn sich die Zahlungsschwierigkeiten nicht beheben lassen.

Die süddeutschen Kabelwerke, Mannheim, teilen mit, daß sie von einer bedeutenden südamerikanischen Elektrizitätsbehörde einen großen Kabelauftrag von mehr als 1 Million Reichsmark gegen die Konkurrenz von 24 internationalen Gesellschaften erhalten hat. Durch diesen Auftrag ist es möglich, die Starkstromabteilung bis in die Monate April—Mai voll zu beschäftigen, die Schwachstromabteilung ist weniger gut mit Aufträgen versehen, doch wird es möglich sein, auch hier die Belegschaft, bei der seit dem Frühjahr keine Entlassungen vorgenommen wurden, zu halten. Das Werk Neckarau beschäftigt etwa 550 Arbeiter, die Hälfte davon wird für den neuen Auftrag arbeiten.

Neugründung bei der Spinn- und Weberei in Aalen? Durch die Stilllegung der beiden Werke der Spinn- und Weberei Aalen ist in dieser Gemeinde große Arbeitsnot eingetreten. Nun werden neuerdings zwischen einer neugegründeten Aktiengesellschaft und der Gemeinde Verhandlungen gepflogen, die eine Wiederaufnahme des Textilbetriebes zum Gegenstand hatten. Der alte große Fabrikanbau soll abgerissen werden, um einem modernen Bau Platz zu machen, um die Aufnahme von Maschinen neuester Konstruktion zu ermöglichen. Der Bürgerausschuß genehmigte in letzter Sitzung die von der Firma gemachten Vorschläge auf steuerliches Entgegenkommen für die nächsten Jahre.

Bürgermeisterwahl in Börtetten, Amt Emmendingen. Gegen die am 27. Juli erfolgte Wahl des Bürgermeisters Adolf Binninger war beim Bezirksamt Widerspruch erhoben, der nunmehr von dieser Behörde kostenpflichtig abgewiesen worden ist.

Zuckerkrank

Verlangt vollständig kostenlose Aufklärung über glänzend bewährte Methode durch Ph. Hergert, Wiesbaden, Rickerstr. 203

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung „Die Hauswirtschaft“. Auch der vierte Tag der Ausstellung, Dienstag, brachte sehr regen Besuch. Insbesondere waren viele auswärtige Besucher in den Gassen, so z. B. Abordnungen der Hausfrauenvereine aus Forzheim, Mannheim und Baden-Baden, die sich außerordentlich lobend über das Gesehene aussprachen; sie haben Absicht, im Frühjahr nächsten Jahres ähnliche Ausstellungen in diesen Städten zu veranstalten. Den Abschluß des Tages bildete ein Vortrag von Frau Paula Brand (München) über „Linoleumfabrikation und -behandlung“. Frau Brand führte mit Hilfe von schönen Lichtbildern durch die Fabrikanlagen des Linoleumwerkes Bietigheim und zeigte die vielfachen Verwendungsmöglichkeiten im modernen Wohnungsbau.

Mittwoch nachmittag sprach Herr Beneger aus Frankfurt a. M. über „Elektrisches Kochen im Haushalt“. Abends sprach Herr Eugen Arius (E. A. Brecht) über das Thema „Zu neuer glücklicher Zeit durch die Frau“. Nur die Frau könne eine Wendung in der Nahrungsfrage und damit in der Entwicklung der Wirtschaft herbeiführen. Die Ausstellung „Landwirtschaft“ ist von der Badischen Landwirtschaftskammer durchgeführt. Sie will der Hausfrau zeigen, daß wir es nicht nötig haben, Eier, Obst und Gemüse aus dem Ausland zu beziehen, sondern daß wir in Deutschland in der Lage sind, diese Nahrungsmittel zum mindesten in ebenso guter, wenn nicht besserer Qualität zu erzeugen. Sehr reichhaltig ist die Gemüse- und Obstausstellung. Ferner wird das deutsche Markweizen in Ertragsleistung gebracht. Die Großherzogin-Luise-Hauswirtschaftsschule der Badischen Landwirtschaftskammer — Schloß Rauzsholtz, — zeigt, was dort unsere Töchter alles lernen. Ein besonderer Teil der Ausstellung ist dem Grüntern vorbehalten, dem spezifischen, badischen Erzeugnis, wobei es auch unentgeltlich Kostproben gibt.

Karlsruher Pfalzfahrt. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Pfälzerwaldvereins unternimmt am 8. Oktober in Gemeinschaft mit der Karlsruher Bingervereinigung eine Herbstfahrt in die Pfalz, mit der eine Dankesfestung an die Pfälzer Sänger und Wanderer verbunden werden soll.

Ausschreibung von Nationalsozialisten. Am Dienstagabend ereigneten sich auf der Kaiserstraße vor der Filiale des „Badischen Beobachters“ schwere Ausschreitungen von Nationalsozialisten. Den Anlaß zu den Ausschreitungen gab der Anschlag der bekannten Pariser Meldung von der angeblichen Fühlungnahme Hitlers mit der Sowjetregierung. Darüber berichtet das Blatt u. a.: Während am Nachmittag die Ansammlungen noch einen normalen Umfang hatten, nahmen sie in den Abendstunden, als die Hilerente Verstärkungen herbeigeholt hatten, einen bedrohlichen Charakter an. Schließlich wurde der Ausschlagelassen geöffnet, die Telegrammleitung herausgerissen und ein Zettel nebst einem Pamphlet auf Prälat Schofer angeheftet. Zwei Nationalsozialisten stellten sich vor den Ausschlagelassen und bedrohten jeden, der das Blatt etwa herausnehmen wollte, mit Tätlichkeiten. Gleichzeitig wurde die Scheibe des anderen Ausschlagelassens eingeschlagen und ein mit hakenkreuzförmigen Arabesken und Schriegen bemaltes Blatt Papier angebracht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Oktober		1. Oktober	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.15	169.49	169.35	169.69
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.48	112.33	112.55
Italien . . . 100 L.	21.975	22.015	21.975	22.015
London . . . 1 Pfd.	20.383	20.423	20.396	20.436
New York . . . 1 D.	4.1965	4.2035	4.1980	4.2060
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.46	81.62	81.46	81.62
Wien 100 Schilling	59.215	59.335	59.255	59.375
Prag . . . 100 Kr.	12.448	12.468	12.453	12.473

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. September sind an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 760,8 Mill. Reichsmark in den Verkehr gekommen. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 157,6 Mill. Reichsmark auf 2.649,7 Mill. Reichsmark verringert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 104,8 Mill. Reichsmark auf 2.478,8 Mill. Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 52,8 Mill. Reichsmark auf 170,9 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 52,2 Proz. gegen 64,1 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen auf 55,5 Proz. gegen 69,6 Proz.

Großkraftwerk Mannheim AG. Bei der Gesellschaft ist die eigene Erzeugung von 135,86 auf 189 Mill. kWh gestiegen. Abgenommen wurden 210 (196) Mill. kWh. Nach Zuweisung von 780.202 RM (652.123) an den Erneuerungsfonds ergibt sich ein Reingewinn von 350.315 (256.428) zu folgender Verwendung: wieder 7 Proz. an die Stammaktionäre, wieder 10 Proz. auf die 150.000 RM Vorzugsaktien A und wieder 15 Proz. auf 36.000 RM Vorzugsaktien B, ferner 17.805 (12.821) RM an den Reservefonds, wieder 40.000 RM an den Wohlfahrtsfonds und 2075 (8207) als Vortrag. Von der im September v. J. beschlossenen Kapitalerhöhung um 2 Mill. Reichsmark auf 6 Mill. sind 1,1 Mill. zur Einzahlung gelangt. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß und wählte auf Vorschlag der Stadt Mannheim die Stadträte Ludwig Haas und Jakob Trumppfeller, auf Vorschlag der Pfälzwerke deren Direktoren Alfred Bayer und Oberingenieur Otto Heberg, beide Ludwigshafen sowie das Kreisratsmitglied Emil Schmalzer (Kaiserslautern) neu in den Aufsichtsrat. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist von den Pfälzwerken noch zu benennen.

Konkurs der Schnellwaagenfabrik Union AG., Grödingen. Nach der Liste der Konkursöffnungen im September ist nunmehr über die Schnellwaagenfabrik Union AG., Grödingen, der Konkurs eröffnet worden. Zur Abwendung des Konkurses war beabsichtigt ein Vergleichsverfahren eingeleitet worden mit dem Ziel, zu versuchen, ob das Unternehmen nicht doch erhalten und rentabel gemacht werden könnte. Diese Bestrebungen scheinen — jomach ohne Erfolg geblieben zu sein.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats September auf 146,9 gegenüber 148,8 im Vormonat. Sie ist somit um 1,3 v. H. zurückgegangen. Ausschlaggebend für diesen Rückgang war die Senkung der Ernährungsausgaben; hier haben vor allem die Preise für Kartoffeln und Gemüse erheblich nachgegeben. Die Preise für Bekleidungsgegenstände haben ihren Rückgang verlangsamt fortgesetzt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 141,7, für Wohnung 130,5, für Heizung und Beleuchtung 152,4, für Bekleidung 160,8, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 195,5.

Abnahme der Konkurse. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im September 1930 durch den Reichsanzeiger 759 neue Konkurse — ohne die wegen Massenanfalls abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 508 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für August 1930 stellten sich auf 810 bzw. 591.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wagt Kehl in Baden oder im Elsaß?

Es ist ja schon öfters vorgekommen, daß Briefe aus Deutschland nach Kehl Auslandsporto oder die Aufschrift Kehl bei Straßburg-Elsaß tragen. Aber noch nie war dies der Fall bei Briefen aus Frankreich. Dieser Tage nun traf auf dem Bürgermeisterei-Kehl ein Brief von der Pariser Ordenskanzlei der Ehrenlegion ein, an den „Maire von Kehl bei Straßburg (Unterelsaß)“. Die Ordenskanzlei ersucht „Monsieur le maire de Kehl“, das beiliegende Großkreuz der Ehrenlegion dem Oberstleutnant Briou — dem letzten stellvertretenden Kommandanten der Brückenkopfbesatzung Kehl — feierlichst überreichen zu wollen, eine Bitte, der selbstverständlich vom Kehler Bürgermeister nicht mehr entsprochen werden konnte. Die Ordenskanzlei ließ man dann nach Straßburg zurückgehen, wo sie auch ausgeführt werden konnte.

Mit der Geographie scheint es in Frankreich überhaupt schlecht bestellt zu sein. Kaum war der Krieg zu Ende und Elsaß-Vosgingen an Frankreich gekommen, bekam der damalige Bürgermeister Dr. Gugelmeier in Vörrach den Brief eines französischen Bürgermeisters, in dem dieser ihn darin beglückwünscht, daß auch Vörrach zu Mutter Frankreich zurückgekehrt sei.

Eine „Gundemonstration“ in Mannheim

Ob. Mannheim, 1. Okt. In Deutschland gibt es heute viele Dinge, gegen die protestiert und demonstriert wird. Hier wird nach Arbeit gerufen, dort um mehr Unterstützung. Aber grotesk wirkt bei der großen Not und dem Kampfe um das nackte Dasein, wenn in Mannheim Hundebesitzer sich zu einer Demonstration als Protest gegen die Hundesteuer zusammenfinden und mit Musik und Trara, mit Hundegeläuf edelstücker Tiere und der sogenannten Bromenadenmischung durch die Straßen ziehen. Wenn Ausländer unter den Zuschauern bemerkten, daß es den Deutschen noch gut gehen müsse, wenn sie nicht weiter zu protestieren hätten als gegen die Hundesteuer, so müßte diesen angesichts dieses seltsamen Demonstrationsspiels recht gegeben werden, wenn nicht am gleichen Tage Besessenen von weiterem Massenabbau Mannheimer Werte zu lesen gewesen wären. Diese Demonstration lehrt, daß neben katastrophaler Sorge die „Auch-Sorge“ recht lebhaft blühen treibt.

Ob. Albrun, 1. Okt. Gestern nachmittag lief der 80 Jahre alte Johann Rohinger in das Motorrad des 33jährigen Otto Müller. Beide stürzten und erlitten so schwere Verletzungen, daß keine Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten.

Ob. Rheinsheim (bei Bruchsal), 1. Okt. Von einer verheerenden Mäuse- und Hamsterplage wird in diesem Jahre unsere Gemarkung heimgeucht. Besonders schlimm steht es im Gemarkungsgebiet „Insel Grün“, wo die Ernte der Getreide und die kommende Herbstsaat fast bis zur Vernichtung bedroht sind. Infolgedessen sah sich die Gemeindeverwaltung genötigt, Fangprämien auszugeben. Binnen weniger Tage gelangten 40 000 Mäuse und eine große Anzahl Hamster zur Ablieferung.

Ob. Achern, 2. Okt. Heute vor 25 Jahren hat der derzeitige Bürgermeister von Achern, Scheiter, die Verwaltung Acherns übernommen. In dankbarer Anerkennung der großen Verdienste um die Gemeinde wird die Bürgerschaft am 11. Oktober eine besondere Ehrung für ihre Oberhaupt in Form eines Festbanketts veranstalten.

Ob. Kehl, 1. Okt. Zwischen dem Arbeitgeberverband im Amtsbezirk Kehl und den Gewerkschaften dieses Bezirkes wurde nach mehrstündigen Verhandlungen vereinbart, das bisherige Lohnabkommen, das von Arbeitgeberseite gekündigt worden war, bis zum 31. Dezember 1930 zu verlängern und von diesem Zeitpunkt an mit monatlicher Kündigungsfrist auszustatten.

Ob. Elzach (Baden), 2. Okt. Ein schweres Unglück hat sich gestern nachmittag in einem Steinbruch bei Niederwinden ereignet. Infolge der unzeitigen Entladung eines Sprengstoffes wurden ein Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Ob. Waldshut, 1. Okt. Gestern abend brach in Aßlingen kurz nach 7 Uhr in dem an der Schlucht gelegenen Wohn- und Otonomiegebäude der Witwe Emil Probst Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und das vom Keller bis zum Dach mit Entborrten gefüllte Gebäude völlig einäscherte. Man vermutet auch hier Brandstiftung. Der Bevölkerung hat sich eine begreifliche Erregung über die letzten, unaufgeklärten Brandfälle bemächtigt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Auslösung von Schuldverschreibungen der zu 6 v. G. verzinstlichen bad. Staatsanleihe von 1927 unterbleibt im laufenden Jahre. Die zur planmäßigen Heimzahlung auf 1. Februar 1931 erforderlichen Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 760 000 Reichsmark sind durch freihändigen Ankauf erworben worden.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1930.
Bad. Staatsschuldenverwaltung.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres
(Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V)

Mit dem 1. Oktober 1930 werden ernannt:

Oberstleutnant Willrich, Stab Gruppentab. 2 zum Kommandeur des II. Btl. Inf.-Regt. 13; Oberstleutnant Probst, Art.-Regt. 5, zum Kommandeur der Kraft.-Abt. 7.

Mit dem 1. Oktober 1930 werden versetzt:

die Majore: Wehmann, Reichswehrmin., in den Stab des Artl.-Führer V; Klepp, Stab des Gr.-Abts. 2, in das Inf.-Regt. 15; von Korfleisch, Stab des Gr.-Abts. 2, in das Inf.-Regt. 17; Wolff, Stab des Gr.-Abts. 2, in den Stab des Artl.-Führers I; Klinger, Stab der 5. Div., in das Inf.-Regt. 13; Kuland, Reiter-Regt. 5, in das Inf.-Regt. 14; die Hauptm.: Buhle, Kav.-Min., in das Inf.-Regt. 13; Schnedeburger, Stab des Inf.-Führers III, in den Stab der 5. Div.; Steinmeister, Stab der 4. Div., in das Pionier-Batl. 5; Kirschner, Stab der 5. Div., in den Stab der 4. Div.; Rohrbach, Stab der 7. Div., in das Inf.-Regt. 14; Hoffmann, Inf.-Regt. 4, in den Stab des Gr.-Abts. 2; Witz, Inf.-Regt. 6, in das Inf.-Regt. 18; von Scheele, Inf.-Regt. 7, in das Inf.-Regt. 15; Paulus, Inf.-Regt. 13, in den Stab der 5. Div.; Ribstein, Inf.-Regt. 14, in das Reiter-Regt. 8; Faulenbach, Inf.-Regt. 15, zur Inf.-Schule; Gitter, Artl.-Regt. 3, in das Artl.-Regt. 5; Freiter-Bico, Artl.-Regt. 5, in die San.-Abt. 7; Gause, Pionier-Batl. 1, in das Reiter-Regt. 16; die Mittm.: Werner-Ehrenfeucht, Reiter-Regt. 11, in das Reiter-Regt. 18; Pfann, Reiter-Regt. 16, in das Inf.-Regt. 19;

die Oberstl.: Kreuzer, Stab des Gr.-Abts. 2, in das Pionier-Batl. 4; Knecht, Stab der 3. Div., in den Stab des Gr.-Abts. 2; Frhr. von Bodenhausen, Stab der 7. Div., in das Reiter-Regt. 16; Kapf, Stab der 7. Div., in die 5. Nachr.-Abt.; Menckling, Abt. des Kruppenübungsplatzes Grafenwöhr, in das Pionier-Batl. 5; Krauß, Inf.-Regt. 3, in das Inf.-Regt. 14; Weher, Inf.-Regt. 15, in das Inf.-Regt. 1; Dr. Speidel, Reiter-Regt. 16, in das Reichswehrmin., Vief, Artl.-Regt. 5, in die III. Abt. Artl.-Regts. 3; Schund, Fahr.-Abt. 3, in das Reiter-Regt. 16; Strohmeyer, Fahr.-Abt. 5, in die Fahr.-Abt. 3; Giese, Artl.-Regt. 2, in die Fahr.-Abt. 5; Heil, Fahr.-Abt. 5, in das Artl.-Regt. 5; der Stabsarzt Dr. Goltermann, San.-Abt. 7, in die San.-Abt. 5; der Oberarzt Dr. Richtig, San.-Abt. 5, in die San.-Abt. 2; die Oberbet.: Brügge, Stab der 3. Kav.-Div., in die Fahr.-Abt. 2; Ruthe, Reiter-Regt. 11, zum Stab der 3. Kav.-Div.

In den Morgenstunden des 29. Septembers verschied im Städtischen Krankenhaus zu Baden-Baden nach mehrmonatiger schwerer Krankheit

Landgerichtspräsident

Dr. Richard Kurzmann

Ein schlichter und vornehmer Charakter, ausgestattet mit hervorragenden Gaben des Geistes und des Herzens, war er uns ein Vorbild treuester Pflichterfüllung.

Wir werden dem Verstorbenen allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen der Justizbeamten des Landgerichtsbezirks Offenburg

Offenburg, den 1. Oktober 1930.

Das Präsidium des Landgerichts.

Die Beisetzung findet am Samstag, den 4. Oktober, nachm. 3 Uhr in Grötzingen, der Heimat des Verstorbenen, statt.

R.621

Sie brauchen ein neues Adressbuch

Das neue Karlsruher Adressbuch 1930/31 erscheint voraussichtlich Mitte Oktober. Der ermäßigte Vorbestellpreis von 16 RM. gilt noch bis 10. Oktober. Bestellen Sie das neue Adressbuch sofort beim Adressbuch-Verlag G. Braun, Karl-Friedrich-Straße 14

Öffentliche Sparkasse St. Georgen im Schwarzwald

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenbestand	35 610,45	Spareinlagen	1 457 443,10
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt	31 573,46	Aufwertungs-spareinlage	281 817,36
Wertpapiere	28 736,70	Giro- und Kontokorrent-einlagen	234 668,67
Wechsel	48 569,53	Anlehens- und andere	
Darlehen auf Hypotheken	1 060 106,81	Schulden	85 946,52
Darlehen in laufender		Rücklagen	58 888,75
Rechnung an Private	329 841,61	Reingewinn v. Jahre 1929	30 001,57
Darlehen auf Schuldschein	98 259,93		
Darlehen an Gemeinden	177 270,—		
Betriebskapital beim Spar-giroverband	42 000,—		
Aufwertungs-forderungen	150 666,41		
Einnahmerückstände	58 399,14		
Gewährschaften	1,—		
Fehlbetrag zur Aufwertung	87 680,93		
	2 148 765,97		2 148 765,97

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8%, aus 1929 RM Einlagen = 157 914,32 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 88 890,32 RM
somit fehlen noch = 69 024,— RM

St. Georgen i. Schw., den 25. September 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Stodinger.

Der Geschäftsleiter: Staiger.

Geschäftsverlegung und Empfehlung

Meiner verehrl. Kundschaft, sowie Freunden und Gönnern, insbesondere den titl. Behörden u. Herren Architekten zur gefl. Mitteilung, daß ich mein Geschäft von der Kaiserstraße 14a nach der

Kronenstraße 18/20

verlegt habe. Für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich mir daselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.

EMIL BREINING Kronenstraße 18/20
Blecherei und Installationsgeschäft

Elektrizitätszähler

kauft und repariert fortwährend Südd. Zählerrohr- und Revisionsanstalt Karl Reihert, Freiburg i. Br. Tullastraße 30. Telefon 7831

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Gemeindeparkasse Knielingen

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Hypothekendarlehen	292 433,04	Spareinlagen	555 935,34
Schuldschein- und Wechsel-darlehen	361 300,35	Giro- und Scheckeinlagen	100 181,55
Darlehen in laufender		Sonstige Schulden	45 000,—
Rechnung	67 195,48	Ausgabe Rückstände	1 510,40
Einnahmerückstände	6 884,16	Rücklagen	17 914,22
Gewährschaften	376,—	Reingewinn von 1929	16 847,62
Kassenvorrat	7 700,—		
	735 889,03		735 889,03

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8%, aus 656 116,89 RM Einlagen = 52 489,28 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 33 261,74 RM
Somit weniger = 19 227,54 RM

Knielingen, den 24. September 1930.

Der Verwaltungsrat.



Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe

Ausstellung „Die Hauswirtschaft“

vom 27. September bis 5. Oktober 1930

Geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr. Eintritt: Erwachsene 50 Rpf., Kinder und Erwerbslose 30 Rpf. Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8.15 Uhr im Vortragssaal der Ausstellungshalle Vortrag des Herrn Karl Josef Hecken über „Versilberte Bestecke und ihre Verwendung im Haushalt.“ Eintritt frei! K.622

Badisches Landestheater

Freitag, 3. Oktober 1930

* F 2 (Freitagmiete)
Kf.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte

Die Prinzessin und der Einträger

Auffspiel von Engel und Grünwald

Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:

Ermath, Frauenborfer, Genter, Janl, Rypoff, Rademacher, Guse, Gebelein, Seiling, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Klocke, Kubne, Rehner, Müller, Prüter, Grimm, S. Kiencher, Luther, S. Müller, Seibert

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5 RM)

Sa., 4. Okt.: Die Nibelungen III. Abteilung

So., 5. Okt.: Lenzhänchen, Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Wann kommt du wieder?

Mo., 6. Okt.: Waffelstippel